

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig.  
Garten & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Dresden.  
Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Postgebühren monatlich 2,75 M., durch  
bei Post bezogen vierteljährlich 8,25 M., unter Kreuzband für Deutschland  
und Österreich-Ungarn 12,00 M.

Redaktion: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expeditoren: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.  
Verlagszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gelbste Nummernzeile 1,50 M., Familienanzeigen  
1,00 M., die 9 gelbste Nummernzeile 4,80 M., einschließlich Anzeigensteuer. Bei  
mehrmaliger Aufnahme Rabatt. Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Ihre Ver-  
pflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Beifügung 20 Pf.

Nr. 69

Dresden, Mittwoch den 24. März 1920

31. Jahrg.

## Foch will einmarschieren

### Umbildung des Reichskabinetts?

Der Kapp-Lüttich-Bund, der an dem Widerstand der Arbeiterklasse und eines Teiles des Bürgertums so jämmerlich gescheitert ist, hat in Deutschland einen Zustand der Verwirrung zurückgelassen. Mit Recht ist die Arbeiterklasse auf äußerste Mißtrauen. Ein Mißtrauen, das allerdings auch leider dort zu Aufständen und Angriffen auf die Reichswehr geführt hat, wo die Truppen verfassungstreu geblieben sind. Nach den heute vorliegenden Nachrichten ist im allgemeinen im Reich eine gewisse Beruhigung eingetreten und die normalen Verhältnisse scheinen in dem größten Teil des Reiches wieder einzutreten zu sein. Besonders bedeutungsvoll ist, daß in Berlin neue Vereinbarungen über das Ende des Generalstreiks getroffen worden sind, die hoffentlich nun auch dazu führen, daß die Berliner Arbeiterklasse wieder geschlossen an die Arbeit geht. Den größten Gefahrenpunkt in der gegenwärtigen Situation bildet die Lage im Ruhrgebiet, wo die bewaffneten Arbeiter die Macht in den Händen haben. Die Leitung der dort herrschenden bewaffneten Arbeiterarmee scheint in den Händen eines Aktionskomitees zu liegen, an dem alle sozialistischen Parteien beteiligt sind. Die Minister Biescherts und Braun sind nach dem Ruhrgebiet gefahren, um mit der Arbeiterklasse zu verhandeln, und der Reichskanzler Bauer hat in einem Telegramm an den Aktionsausschuß in Gelsen an die bewaffnete Arbeiterklasse die Aufforderung gerichtet, die Waffen niederzulegen und die gesetzmäßigen Zustände wieder herzustellen. In den Vereinbarungen, die in Berlin getroffen worden sind, ist auch die Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrgebiet versprochen worden.

Natürlich ist ein Verzicht auf militärisches Eingreifen nur dann möglich, wenn es gelingt, zu einer Einigung mit den Führern der bewaffneten Arbeiter zu kommen, die augenblicklich im Ruhrgebiet die Macht in den Händen haben. Man hat noch kein klares Bild darüber, welchen Einfluß im Ruhrgebiet ausschlaggebend ist und welche Forderungen von der bewaffneten Arbeiterklasse gestellt werden. Nach der einen Richtung handelt es sich um eine regelrechte rote Armee, bei der sich eine große Anzahl russischer bolschewistischer Offiziere befinden soll. Demgegenüber steht aber, daß auch die mehrheitlich sozialistische Partei an dem Aktionsausschuß beteiligt ist und nach einer Meldung des Vorwärts werden von den Arbeitern aller drei Richtungen, die sich der Bewegung angeschlossen haben, die Einführung der Räteform und jede wilde Sozialisierung abgelehnt. Es werde lediglich die Zurückziehung der Reichswehr verlangt, eine Forderung, die natürlich leicht erfüllt werden kann, wenn es gelingt, ruhige und geordnete Zustände in dem für unser Wirtschaftsleben so wichtigen Ruhrgebiet ohne ein Eingreifen der bewaffneten Arbeiter herzustellen.

In Berlin schweben zur Zeit Verhandlungen über die Frage, ob eine neue Regierung gebildet werden soll. Nach einer Meldung wird der Gesamtrücktritt der jetzigen Regierung erwartet und es soll eine reine Arbeiterregierung gebildet werden, an der auch Zentrum, Arbeiter und Demokraten beteiligt werden sollen. Es würde der Lage durchaus entsprechen, wenn der Einfluß der Arbeiterklasse auf die Regierung verstärkt würde. Die Arbeiterklasse hat den Kampf entschieden, den das deutsche Volk mit solcher Energie gegen die Anarchie geführt hat, wenn auch der Anteil, den die Beamtenschaft an diesem Kampfe gehabt hat, nicht vergessen werden darf. In der nächsten Woche, wenn auch Vertreter der Unabhängigen mit in die Regierung eintreten würden. So entschieden wir auch an der Demokratie festhalten und so sehr wir alle Diktaturgefühle, von welcher Seite sie auch kommen mögen, stets bekämpfen werden, so sehr wünschen wir doch, daß an die Stelle des Bürgerkampfes in der Arbeiterklasse ein Zusammenarbeiten der Arbeiterparteien tritt.

Freilich wird sich unsere Partei nur an einer Regierung beteiligen können, für die eine Mehrheit in der Nationalversammlung gesichert ist. Es ist durch die Verfassung festgelegt, daß jedes Reichsministerium eine Mehrheit im Parlament haben muß, und der Boden der Verfassung darf unter keinen Umständen von uns verlassen werden. Würde doch jede Verfassungsverletzung, die wir begehen, zu leicht solchen Leuten als moralischer Rechtfertigungsgrund dienen können, die etwa einen neuen revolutionären Bund herbeiführen wollen. Wie sich die bürgerlichen Parteien zu der Frage der Umgestaltung des Reichskabinetts stellen, ist zur Zeit noch nicht klar. Die Wiederherstellung ruhiger und geordneter Verhältnisse in Deutschland wäre aber um so leichter, je mehr die Arbeiterklasse steht, daß ihr Einfluß auf die Regierung ansehnlich sichergestellt wird.

Ob aber die gegenwärtige Regierung in ihrer bisherigen Zusammensetzung bleibt oder ob eine neue Regierung kommt, auf alle Fälle muß verlangt werden, daß nur ein höherer Exekutivrat regiert wird als bisher. Nicht nur eine gründliche Änderung des Gesetzes und der Verwaltung von allen Verfassungen, die irgendwie mit den Verfassungen verknüpft haben, sondern auch härtere Kampf gegen Schleichhandel, Schleichertum und Wucher und keine verfehlten Experimente mehr mit der Lockerung der Zwangsverwaltung, durch die der Preisstreber und dem Wucher für und vorbestimmt werden. Die Arbeiterklasse muß sehen, daß man den guten Willen hat, sozial Sozialismus in Deutschland zu ver-

Zürich, 24. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der Völkshafterkongress liegt ein Besuch der deutschen Regierung vor, das eine Milderung des Friedensvertrages fordert und namentlich ein Entgegenkommen der Entente in der Kohlenlieferungsfrage erbittet, welches durch die gegenwärtige Lage unmöglich sei, dieser Verpflichtung nachzukommen. England und Italien neigen dazu, Deutschland entgegenzukommen. Willkür hat sich aber entschieden geweigert, nachzugeben, und in Gemeinschaft mit Marschall Foch hat er an die Völkshafterkongress das Ersuchen gerichtet, zu gestatten, daß französische Truppen das Ruhrgebiet besetzen, um die Kohlenlieferungen zu erzwingen. Die Vertreter Amerikas, Englands und Italiens sprachen sich aber ganz entschieden gegen ein solches Vorgehen aus.

wirklichen, als unter den gegenwärtigen Umständen irgend möglich ist. Mit aller Kraft muß daran gearbeitet werden, an die Stelle des Chaos, das heute leider noch unser Wirtschaftsleben darstellt, ein planmäßig organisiertes Gebilde zu setzen.

### Keine Arbeiter-Regierung

Eigene Drahtmeldung  
Berlin, 24. März. Aus gutunterrichteten parlamentarischen Kreisen erfahren wir, daß der Plan von Regien, eine Arbeiterregierung zu bilden, infolge des Widerstandes sämtlicher bürgerlichen Fraktionen bereits aufgegeben wurde. Im Reichstag war gestern, nachmittags 4 Uhr, das Reichskabinet in Gemeinschaft mit dem interfraktionellen Ausschuss zu einer Sitzung zusammengetreten, die namentlich der Frage der Kabinettsbildung erörtert wurde. Wir erfahren, daß als Nachfolger von Kapp, der bereits vorgeschlagen wurde, keine Kandidatur mehr vorgeschlagen ist, weil von der Sozialdemokratischen Partei in erster Linie in Betracht kommt. Der Reichsministerpräsident Schmidt hatte den Wunsch geäußert, sein Amt ebenfalls niederzulegen. Auf die dringenden Bitten seiner sämtlichen Fraktionskollegen hat er jedoch auf seiner Forderung nicht bestanden.

Es wird heute von Seiten der Sozialdemokratischen Partei an die Unabhängigen herangetreten, mit der Anfrage, ob sie bereit seien, sich an der neuen Kabinettsbildung zu beteiligen. Man

nimmt an, daß sie diese Anfrage verschieben beantworten werden. In diesem Falle läßt sich, wie in parlamentarischen Kreisen erklärt wird, mit ziemlicher Sicherheit schon jetzt voraussagen, daß mit Ausnahme von Kapp alle übrigen Mitglieder des Reichskabinetts in ihren Ämtern verbleiben werden. Im übrigen wird die allgemeine politische Lage in Relation der Reichsregierung heute um ein wesentliches günstiger beurteilt als gestern.

Die Situation im Ruhrgebiet ist derart, daß eine ernste Gefahr für den Bestand des Reiches von dort her tatsächlich droht. Die Richtigkeit dieser Information ergibt sich aus der Tatsache, daß Kapp, wie wir erfahren, gestern nachmittag den dringenden Befehl erteilt hat, daß keine Truppen der Reichswehr mehr in das Ruhrgebiet vorrücken sollen. Auch die Absicht, süddeutsche Truppen gegen Westfalen vorrücken zu lassen, wurde bereits gestern aufgegeben.

### Kapp und Traub

Eigene Drahtmeldung  
Berlin, 24. März. Kapp ist noch immer schuldig und wird weiterhin verfolgt. General v. Lüttich und Admiral v. Trotha wurden gestern in Gedenkstücken genannt. Der Abg. Traub ist aus der Reichstagsfraktion ausgeschieden und wird sein Mandat niederlegen. Im Reichstagsausschuß der Nationalversammlung ist die Frage erörtert worden, wie sich das Gange zu dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei auf Verlegung Traubs stellt. Selbst von den Sozialdemokraten wurde bestritten, daß in diesem Zusammenhang von Kritik der Immunität der Abgeordneten kein Gebrauch gemacht wird. Der Hauptvorwand der Deutschen Demokratischen Partei ist für heute nachmittag nach Berlin eintreffenden werden Beratungen über die Verlegung der neuen Wahlen.

### Die Reform der Reichswehr

Eigene Drahtmeldung  
Berlin, 24. März. Wie wir hören, wird die neue Reform der Reichswehr schon in den nächsten Tagen durchgeführt werden. Allenfalls wird man zivile Vertreter in die Kommandosstellen der Reichswehr hineinleihen, damit diese eine genaue Kontrolle über die Reichswehr ausüben können. Ferner sollen die Arbeiter in der Reichswehr stärker als bisher vertreten sein.

### Frankreich gibt alle Gefangenen frei

W. L. S. meldet: Die französische Regierung hat der deutschen Regierung mitgeteilt, daß sie diejenigen Kriegsgefangenen, die zur Zeit noch in Deutschland sind, zu verhaften hätten, unter Verzicht auf das ihr nach dem Friedensvertrage zustehende Recht, solche Personen zurückzubehalten, freigegeben würde.

## Führer und Massen

In der in unserer Sonnabend-Knummer behandelten „Einigungsvereinbarung“, die am Freitag in Dresden-Stolten stattfand, sind uns mehrere Zuschriften zugegangen, die sich entschieden gegen solche Veranstaltungen aussprechen. Wir müssen von einer Veröffentlichung dieser Stimmen absehen, dagegen ist es nötig, dem Bekleid, die Einigung über die Köpfe der Führer hinweg eine eingehendere Betrachtung zu widmen. Denn diese unklare Phrase ist ja seit dem November mehrmals in der politischen Diskussion aufgetaucht.

In der erwähnten Vereinbarung wurde von Kommunisten und Unabhängigen der nachstehende Satz gebräut, der Terrorismus der bewaffneten Arbeiterklasse ist mittels Waffe und Ausschüttung — wie das ja auch schon seit langem in Deutschland geschehen ist — zu beseitigen. Das war so schön freilich vielleicht nicht vorauszusetzen. Aber unsere Genossen sind auch dann nicht von der Veranstaltung zurückgetreten, als von den Verantwortlichen, die keinerlei Kontrolle unterworfen waren, beschlossen wurde, „Führern“ das Wort nicht zu gestatten. Das widerspricht der Demokratie und jedem vernünftigen Organisationsprinzip. Aber wenn die Radikalen auf die Führer schelten, so meinen sie damit fast immer nur die mehrheitlich sozialistischen. So sprachen denn auch in Trielen eine ganze Anzahl von Führern der Radikalen. Ungeachtete Leute zwar, mit engem, einseitigem, fanatisch verborgenen Gesichtspunkt — aber die Linkstendenzen haben keine besseren. Sie können auch keine besseren brauchen — für das ewige der Reichswehr nach „roten Warden“ und Räte-Anhang genügen sie. Sie werden auch nie bessere erhalten. Wo sind denn die „Weißarbeiter“ geblieben, die noch vor einem Jahre dem Herrn Mühlke nachsahen? Abgestoßen vor der kommunistischen Anführer sind sie zum Teil völlig Anarchisten geworden und für die ernste Politik verloren.

So fehlen also den Linkstendenzen die geistig hervorragenden Leute (auch den Unabhängigen läuft ein nach dem andern davon) und solche, die in besoldeter Funktion ihre Fähigkeiten weiter ausbilden könnten. Aber ohne Führer, seien es auch die unbesoldeten, können selbst die Linkstendenzen nicht sein, wenn sie nicht dem vollständigen Anarchismus, an dessen steiler Grenze sie freilich fortgesetzt hinlirnen, anheimfallen wollen. Es ist also vollendete Demagogie, wenn

diese Leute auf die sozialdemokratischen Führer schimpfen; sie tun es, weil es ihnen selbst an fähigen Leuten mangelt, weil die Föhigen eben bei der alten Partei geblieben sind. Und was da links an Führern erst zu nehmen ist, genügt die Mühseligkeit und das Mißtrauen der eigenen Anhänger. Ueber die Köpfe der Parteimitglieder aber, die sich noch in Genuß erhalten, brauchen die kommunistisch-unabhängigen Anhänger wirklich nicht hinwegzugehen. Sie haben bis jetzt immer den unverünftigen Verlangen ihrer angeblichen Gefolgschaft, die aber ihre Herrschaft ist, nachgegeben.

Genau ist es denkbar, daß sich einmal ein Führer in anderer Richtung entwickelt, als es das politische Programm seiner Partei gestattet. Aber dann sind die Verträuensmänner der Partei da, die sich aus den Gewölben der Massen zusammenheben und die verirrte Führer zur Umkehr oder zum Abtreten zwingen können. In den allermeisten Fällen jedoch ist das Gegenteil gegen die Führer nur das Geheiß einer Partei, die irgendwelchen Demagoguen zum Opfer fallen. Wie denkt man sich denn eine Einigung in Fragen wie „Sozialisierung oder Teilsozialisierung“ — „Räteform oder Räteform“ — „Räteform oder Demokratie“ — „Freie Wirtschaft oder Zwangswirtschaft“ — usw. Wer sich damit einigermassen ernsthaft beschäftigt hat, der weiß, daß es für die Massen, auch bei hoher Intelligenz, unmöglich sein muß, sich in diese entscheidenden Fragen zu einzumischen, daß sich der einfache Mann ein eigenes Urteil bilden kann.

Rechtlich steht es mit dem Ueberblick über die jeweilige Kampfsituation. In der Hand der Führer der Arbeiterklasse kommt sich das Material ihres Arbeitsbereiches — sei es des gewerkschaftlichen, sei es des politischen. Sie allein können es zu einem System ordnen. Sie übersehen die ganze Breite und Größe derselben, alle Einzelheiten und Verzweigungen, von denen die meisten Mitglieder der Organisation wenig Ahnung haben — besonders, wenn der Name auf ihrer Mitgliederkarte noch nicht trocken ist, sie seit Jahren keine Mitgliederorganisation besucht haben, sich von aller Arbeit fernhalten und nie selber mit als Hilfskräfte oder angehende Führer tätig waren. Die Führer müssen noch am meisten den Weg übersehen können der zu geben ist; entweder sind sie ihn schon einmal gegangen und können nun ihre Erfahrungen verwenden oder sie schließen aus ähnlichen Erfahrungen; sie sehen die Schwierigkeiten, wo